

38. Vollversammlung am 14. Mai 2022

Beschluss der Vollversammlung

Kinder und Jugendliche in der Krise! Lebensqualität und eine gute Zukunft durch Erhöhungen im Landesjugendplan

Die Corona-Pandemie hat bei vielen jungen Menschen zu großen negativen Auswirkungen geführt. Viele junge Brandenburger*innen empfanden die Veränderungen im Zusammenhang mit Corona als belastend. Sie empfinden ihre Lebensqualität als gemindert. Viele Kinder und Jugendliche berichten über psychische Probleme, wie Angststörungen oder Depressionen.¹ Nach mehr als zwei Jahren eingeschränkten Unterrichts kommen Lern- und Entwicklungslücken hinzu.

Ebenso hat die Pandemie deutliche Spuren in der Jugendverbandslandschaft hinterlassen. Trotz kontinuierlicher Angebote sind den Jugendverbänden Ehrenamtliche verloren gegangen. Hier muss wieder Verbindung aufgebaut werden. Eine neue „Generation Ehrenamt“ muss die Qualifizierung der Jugendleiter*innen-Card (Juleica) durchlaufen. In vielen Verbänden müssen neue Vorstände rekrutiert und aufgebaut werden.


Neben den Herausforderungen der Pandemie ist seit Februar die Aufgabe hinzugekommen, auf die Fluchtbewegung aus der Ukraine zu reagieren. Mehr als die Hälfte der Kinder und Jugendlichen aus der Ukraine befinden sich auf der Flucht.² Die Brandenburger Jugendverbände möchten helfen, unterstützen und Plätze in ihren Maßnahmen vorhalten.

Wer jungen Menschen, die erheblich unter der Pandemie und dem Krieg leiden, Lebensqualität und eine gute Zukunft ermöglichen will, darf nicht am falschen Ende sparen! **Es braucht:**

- **Adäquate Angebote, die Erholung, Ablenkung, Aufholen und Entwicklung schaffen.** Freizeiten, Seminare und Jugendbegegnungen – außerschulisch oder in Kooperation von

¹ https://msgiv.brandenburg.de/sixcms/media.php/9/22-03-23%20EF-COPSY-BB-A_G_2022.pdf

² <https://www.unicef.de/informieren/aktuelles/presse/2022/ukraine-mehr-als-die-haelfte-der-ukrainischen-kinder-vertrieben/264610>



Schulen und Jugendverbänden bzw. Jugendbildungsstätten bieten hier ideale Möglichkeiten.

- **Eine grundsätzliche Qualifizierung von Ehrenamtlichen und Freiwilligen sowie deren intensive Begleitung.** In der aktuellen Situation betreuen sie teils Kinder und Jugendliche, die traumatisiert sind sowie depressive o.ä. Symptome zeigen. Damit stehen Ehrenamtliche in der Jugendverbandsarbeit vor erheblichen, oft ganz neuen, Herausforderungen.
- **Ressourcen zur Bewältigung eines erhöhten Verwaltungsaufwands.** Durch Sondermittel aus „Aufholen nach Corona“ können die Jugendverbände erfreulicherweise mehr Projekte realisieren. Damit bestehen jedoch auch mehr Verwaltungsaufgaben. Die Angebote für junge Geflüchtete – nicht nur aus der Ukraine – erfordern ebenso mehr Verwaltungsaufwand.

Die inhaltliche, pädagogische und organisatorische Begleitung von jungem Ehrenamt durch hauptamtliches Personal ist und bleibt angesichts dieser großen Herausforderungen unerlässlich! Qualifizierte und motivierte Fachkräfte sind für die Jugendverbände unabdingbar. Eine Reaktion der politischen Verantwortungsträger*innen im Land durch Erhöhung der Mittel im Landesjugendplan ist dringend geboten! Deshalb fordern wir die Landesregierung auf, die Förderung der Jugendverbände im Rahmen des Landesjugendplanes insbesondere in den folgenden Bereichen zu erhöhen:

1) Ein*e Jugendbildungsreferent*in für jeden Jugendverband


Derzeit werden 14 der 29 Brandenburger Jugendverbände mit Personalkostenpauschalen aus dem Landesjugendplan gefördert. Wir fordern, allen Jugendverbänden mindestens eine Personalstelle zur Verfügung zu stellen. Zur Finanzierung 16 weiterer Stellen für die Brandenburger Jugendverbände benötigen wir 865.600 € mehr.

2) Faire Entlohnung für gute Jugendverbandsarbeit

Grundsätzlich fordern wir, dass die Zuwendung über den Landesjugendplan gemäß des aktuellen Tarif-Vertrages (TV-L Brandenburg) dynamisiert wird. Um die Jugendbildungsreferent*innen gemäß des aktuellen Tarifs entlohnen zu können, fordern wir für das Haushaltsjahr 2023 eine Erhöhung um 40.000 Euro.

3) Die Ergänzung der Sonderurlaubsregelung in AG KJHG §22/23 um eine Regelung zur Erstattung des Arbeitsentgelts an den Arbeitgeber

Wie in allen Bundesländern wird auch in Brandenburg ein Sonderurlaub in Bezug auf ehrenamtliches Engagement in der Kinder- und Jugendarbeit gewährt. Dieses Instrument greift in Brandenburg kaum, da es, wenn überhaupt, nur als unbezahlte Freistellung von der Arbeit angewendet wird. Wir fordern, dass auch Brandenburg endlich die Inanspruchnahme des Sonderurlaubs fördert, in dem Arbeitgeber*innen die Lohnfortzahlung bei Sonderurlaub für Juleica-Inhaber*innen



erstattet wird. Hierfür würde nach unserer Einschätzung in den ersten Jahren ein Fonds in Höhe von rund 40.000 Euro genügen.

4) Erhöhung für die Jugendbildungsstätten

In vielen Regionen des Landes Brandenburg gibt es kaum noch Angebote für Kinder und Jugendliche im ländlichen Raum – die verlässlichen Strukturen, die Jugendbildungsstätten hier bieten können, sind einzigartig, sollten wertgeschätzt und gestärkt werden. Um den steigenden Anforderungen und Aufgaben einer Jugendbildungsstätte gerecht zu werden, bedarf es einer pragmatischen und zeitgemäßen Betrachtung der Kostenentwicklungen, einer Anpassung der Projektförderungen und der Entwicklung von zukunftsfähigen Strategien. Wir fordern daher die Erhöhung der Teilnahmetage auf 2.500 und des Fördersatzes auf 96,00 Euro (von derzeit max. 1360 Teilnahmetage bei 80,00 Euro pro Tag und Teilnehmenden), eine gesicherte Investitionsstrategie sowie die Unterstützung des Landes bei der Fachkräftegewinnung und Fachkräftesicherung in den Jugendbildungsstätten.